

Ist die Initiative «Grüne Wirtschaft» Gift für die Schweizer Wirtschaft und die KMU? Nachgefragt bei Philippe Tschopp, Präsident Junge BDP Aargau aus Beinwil am See.



msu. Der nächste nationale Urnengang steht vor der Tür. Am kommenden 25. September gelangt unter anderem die umstrittene Volksinitiative «Grüne Wirtschaft», genauer: «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft», zur Abstimmung. Das Begehren sei zu extrem, zu teuer und vor allem auch zu illusorisch, argumentieren die Gegner. In ihren Reihen auch der in Beinwil am See wohnhafte Präsident der Jungen BDP Aargau, *Philippe Tschopp*. Wie das Aargauer Komitee «Nein zur Initiative Grüne Wirtschaft» vertritt auch er die Auffassung, dass die Initiative zwar gut gemeint ist, jedoch deutlich über das Ziel hinaus schießt. Die definierten Ziele wären überrissen und vor allem: in so kurzer Zeit gar nicht realistisch.

Philippe Tschopp, können Sie uns etwas zu Ihrer Person verraten?

Geboren wurde ich am 9. Dezember 1992 in Beinwil am See. Seither wohne ich ununterbrochen in der Gemeinde und fühle mich deshalb mit der Region sehr verbunden. Nachdem ich in Reinach und Beinwil am See meine obligatorische Schulzeit absolviert hatte, entschied ich mich zum Anstreben der gymnasialen Maturität an der Kantonsschule Beromünster.

Mittlerweile studieren Sie an der Universität Luzern?

Im September 2013 begann ich an der Universität in Luzern Rechtswissenschaften zu studieren. Das Studium stellt eine optimale Ergänzung zur Politik dar und ich bin mit der Wahl der Studienrichtung mehr als zufrieden. Im Rahmen einer Praktikumsstelle konnte ich auch bereits erste spannende Einblicke ins Anwaltsmetier gewinnen - mittler-

weile arbeite ich aber neben dem Studium in einem Teilzeit-Anstellungsverhältnis im Detailhandel.

Mit gerade mal 24 Jahren gehören Sie noch zu den Jungpolitikern. Gestatten Sie die etwas doppelbödige Frage: Haben Sie keine anderen Hobbys?

(lacht) ...aber selbstverständlich! Zwar ist die Politik ein sehr zeitintensives Hobby, welches viel Raum in meinem Leben einnimmt. Aber ich habe natürlich auch noch andere Hobbies, die mir ebenfalls sehr viel wert sind. So treffe ich gerne meine Kollegen auf eine Stange Bier oder gehe mit Familienhund Aika auf einen Spaziergang am schönen Hallwilersee. Ausserdem hat sich bei mir wohl noch etwas Kerosin ins Blut gemischt: Regelmässig besuche ich den Flughafen Zürich, um dort die grossen Maschinen beim Starten und Landen zu beobachten. Zudem besitze ich zu Hause eine grosse Flugzeug-Modellsammlung.

Was fasziniert Sie an der Politik denn so besonders, dass Sie auf diesem Parkett einen Grossteil Ihrer Freizeit investieren?

Ich bin ein Macher-Typ. Ich packe gerne an und habe Freude am Mitgestalten – von daher fühle ich mich in der Politik bestens aufgehoben. Zudem habe ich das grosse Glück, dass in der BDP die Jungen sehr gefördert werden und das Engagement grosse Wertschätzung erfährt – auch mein Listenplatz 1 auf der Grossratsliste der BDP Bezirk Kulm zeugt von dieser Wertschätzung. Dies motiviert mich immer wieder von neuem. Und weil mir halbe Sachen sowieso weniger liegen, ist es für mich die logische Konsequenz, dass ich mich auch in der Politik mit viel Herzblut und Einsatz meinen Aufgaben widme.

Zurück zur Initiative «Grüne Wirtschaft». Als Mann der kommenden Generationen müssten sich diese Zielsetzungen doch mit Ihrem Weltbild decken?

Selbstverständlich möchte auch ich, dass kommende Generationen eine lebenswerte Erde vorfinden. Jedoch schiesst die links-grüne Initiative weit über das Ziel hinaus. Das Label «grüne Wirtschaft» mag sexy und verführerisch klingen, in Tat und Wahrheit verbirgt sich dahinter aber eine Flut von teuren neuen Regulierungen, Bevormundungen von Konsumenten und weitreichenden Verboten. Denn anders liesse sich das extrem ehrgeizige Initiativziel einer Reduktion des schweizerischen Ressourcenverbrauchs um zwei Drittel bis 2050 nicht erreichen. Als freiheitsliebender Mensch möchte ich nicht in eine solche grüne Zwangsjacke gesteckt werden.

Zu extrem, zu teuer, zu illusorisch: So argumentieren die Gegner der Initiative. Frage: Was gibt es denn für alternative, machbare Lösungen?

Gerade kürzlich wurde die Vernehmlassung zur schweizerischen Klimapolitik nach 2020 eröffnet. In diesem Entwurf stecken ebenfalls ambitionöse Ziele, was mir zeigt, dass die Schweiz heute schon viel unternimmt in Sachen Umweltschutz. Ausserdem, und solche Dinge werden von den Befürwortern immer gerne ausgeblendet, ist die Schweizer Bevölkerung sehr wohl sensibilisiert für einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen. Nicht umsonst ist die Schweiz Recycling-Weltmeisterin. Als Innovationsland Nummer 1 ist unser Land zudem stets am Puls der Technik und deshalb bin ich überzeugt, dass auch ohne Initiative wichtige Fortschritte in Sachen Res-

sourceneffizienz erzielt werden. Gut möglich, dass es dereinst moderate Nachjustierungen beim Umweltschutzgesetz braucht, jedoch sicher keine derart extremen Einschränkungen, wie sie uns die Initiative unterjubeln will.

Die Argumente der Befürworter scheinen auf den ersten Blick sympathisch und überzeugend zu sein: Gegeben Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz hat doch niemand etwas einzuwenden?

«Als freiheitsliebender Mensch möchte ich nicht in eine solche grüne Zwangsjacke gesteckt werden.»

(Philippe Tschoopp, Präsident Junge BDP Aargau)

Das ist sicher richtig und ich möchte den Initianten auch keine bösen Gedanken unterstellen. Wie ich eingangs bereits erwähnt habe, tönt das Label «Grüne Wirtschaft» verführerisch. Aber vergessen wir dabei nicht: Die vielen mit der Initiative verbundenen Vorschriften könnten auch zum grünen Bumerang werden. Denn das Erfolgsmodell Schweiz basiert auf einer liberalen Wirtschaftsordnung. Und wenn nun plötzlich Produktionsprozesse staatlich kontrolliert werden müssen, Importverbote von gewissen nicht genug umweltfreundlichen Rohstoffen ganze Industrien vor Probleme stellt und uns Konsumenten

sogar das Steak auf dem Teller mit einer Fleischsteuer vergault wird, dann kommt dies einer Planwirtschaft schon sehr nahe.

Sie würden also sagen, die Initiative sei zwar gut gemeint, aber in der Praxis nicht umsetzbar. Wo genau liegt denn das Hauptproblem?

Die Initiative will den Ressourcenverbrauch um zwei Drittel reduzieren. Dies ist nur mit Konsumbeschränkungen, Verboten und bürokratischen Regulierungen für die Industrie umsetzbar. Aber selbst mit drastischen Vorschriften bleibt für mich fraglich, ob die Initiative wirklich den erhofften Nutzen für die Umwelt bringt. Wenn bei uns beispielsweise Fleisch besteuert wird, dann befeuert dies auch den Einkaufstourismus: Die Schweizer strömen dann noch mehr ins grenznahe Ausland und kaufen das Fleisch dann halt im deutschen Discounter anstatt beim Bauer aus der Region. Gleiches wäre beim Fliegen zu befürchten: Sollten die Tickets durch die Initiative in der Schweiz drastisch teurer werden, so fliegen Herr und Frau Schweizer künftig wohl einfach ab Stuttgart, München, Mailand oder Lyon gen Süden. Damit ist der Umwelt dann ja auch nicht wirklich geholfen.

Bei der Annahme der Initiative stünde somit zu befürchten, dass anstelle von Eigenverantwortung eine Art Planwirtschaft und staatliche Bevormundung treten würden?

Genau so sehe ich das.

Für uns Konsumentinnen und Konsumenten wäre ein solches Szenario schlecht, um nicht zu sagen verhängnisvoll?

Ich glaube an den mündigen Konsumenten. Dieser informiert sich

schon heute umfassend und kann im freien Markt eigenständig und verantwortungsvoll Entscheidungen treffen. Dass dies funktioniert, sieht man nicht zuletzt an den boomenden Bio-Produkten. Mit der Initiative würden ihm viele Wahlfreiheiten abhandkommen, die Produktvielfalt würde auf Grund von Importverboten reduziert und die Preise würden steigen. Das kann sicherlich nicht im Sinne des Konsumenten sein, weshalb übrigens auch das Schweizerische Konsumentenforum die Initiative vehement bekämpft.

Mal angenommen, die Initiative wird vom Volk gutgeheissen. Was würde dann in den nächsten Monaten genau passieren?

Bis eine umfassende Umsetzungsvorlage ins Parlament kommen würde, würde wohl einiges an Zeit verstreichen.

Es würde daher zuerst mal für die Wirtschaft eine schädliche Unsicherheit entstehen. Ähnliches war schon nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zu beobachten: Wie wird die Initiative umgesetzt? Finden wir auch nach der Umsetzung am Standort Schweiz für uns passende Voraussetzungen vor? Solche Unsicherheiten sind Gift für die Wirtschaft, welche wohl Investitionen in den Standort Schweiz hinausschieben oder sogar stoppen würden.

Wie lautet Ihre Prognose für den 25. September?

Ich bin fest davon überzeugt, dass das Stimmvolk einmal mehr einen pragmatischen und vernünftigen Entscheid trifft und die Initiative am 25. September ablehnt.